

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/40

28. Februar 1977

Wirtschaftliche Sanktionen sind ein zweiseitiges
Schwert

Aber die DDR darf in der Deutschlandpolitik den Bogen
nicht überspannen

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche
Beziehungen

Seite 1 und 2 / 52 Zeilen

Zuwacheraten auch im Verteidigungshaushalt 1977

Unsachliche und absurde Argumentation der CDU/CSU-
Opposition

Von Gertram Blank MdB
Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Haushalt
der SPD-Fraktion

Seite 3 bis 6 / 173 Zeilen

Der Spaltpilz von Kreuth lebt

Parteiabspaltungen in Unterfranken

Von Walter Kolbow
Mitglied des bayerischen SPD-Landesvorstandes

Seite 7 / 35 Zeilen

Erneut im Zweifellicht: Hans-Joachim Sewering

Verunglimpfungskampagne oder Verstöße gegen das Presse-
erzrecht ?

Seite 8 / 32 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 01 80 38430
Telex: 08 88 846-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611
5300 Bonn-Bad Godesberg

Wirtschaftliche Sanktionen sind ein zweiseitiges Schwert

Aber die DDR darf in der Deutschlandpolitik den Bogen nicht überspannen

Von Dr. Heinz Kreutzmann MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

"Reisen von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik nach dem westlichen Ausland hängen auch von der Devisenlage unseres Landes ab. So ist klar, daß dem Wort 'auch' eine große Bedeutung zukommt. Man darf nicht übersehen, daß unser Bedarf an freien Devisen für die Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus unseres Volkes größer ist, als allgemein angenommen wird. Eine Verbesserung der Devisenbilanz der Deutschen Demokratischen Republik gegenüber dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet, ihre Umwandlung in einen Aktivsaldo wird zweifellos günstige Auswirkungen haben, auch auf den Reiseverkehr", sagte Honecker in seinem Interview mit dem stellv. Chefredakteur der "Saarbrücker Zeitung", Voltmer. Er hat damit ohne Zweifel einen sehr wunden Punkt der DDR-Entwicklung angeschnitten. Die Methode jedoch, über die Erhöhung von Straßenbenutzungsgebühren oder Umtauschquoten, sich also unter Einsatz massiver Druckmittel Devisen hereinzuholen, ist nicht geeignet, die Situation der DDR zu verbessern.

Diese Methode hat in erheblichem Umfang Aufregung unter der Bevölkerung der Bundesrepublik ausgelöst. Sie hat gerade jenen Wasser auf die Mühle gegeben, denen Honecker marktschreierische Reden vorwirft, die nicht geeignet seien, die Probleme zu lösen. Und nicht nur ihnen. Er treibt geradezu auch wohlmeinende politische Kräfte in der Bundesrepublik in einen Gewissenskonflikt: Auf der einen Seite möchten sie den Menschen in der DDR auch bei der Lösung ihrer wirtschaftlichen Probleme helfen. Auf der anderen Seite stehen Willkürakte wie diese einseitige Anhebung der Straßenbenutzungsgebühren, die bestimmt nicht dem Grundgedanken der

Verträge dienen, der Vernunft in den gegenseitigen Beziehungen die Oberhand zu geben und gutnachbarliche Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten herbeizuführen.

Verträge haben nur dann ihren Wert und ihr Gewicht, wenn alle Vertragspartner den Wunsch und Willen haben, sie nicht nur nach den Buchstaben, sondern auch nach dem Geist voll zu erfüllen. Kein Vertragspartner hat das Recht, sie einseitig auszulegen und seine Ansicht als die alleingültige darzustellen. Noch viel weniger ist dazu eine Macht befugt, die nicht einmal zu den Unterzeichnermächten eines Vertrages gehört. Bundesregierung und Regierungskoalition haben genügend Beweise dafür geliefert, daß sie es ernst mit Sinn und Inhalt der Verträge meinen. Sie haben dafür auch manche innenpolitische Anfeindungen und Verleumdungen einstecken müssen. Sie sind auch heute noch der Meinung, daß die Politik der Verträge in Deutschland der richtige Schritt in die richtige Richtung war, weil sie den Menschen in Deutschland erheblich genützt hat. Übrigens: den Menschen in beiden deutschen Staaten, den einen nicht weniger als den anderen.

Wir meinen, die Regierung der DDR wäre schlecht beraten, wenn sie mit unerfüllbaren Forderungen oder mit einer Politik der finanziellen Nötigungen, die Klimaverbesserungen, die erreicht worden sind und die von den Menschen in beiden deutschen Staaten in der Masse auch dankbar empfunden wurden, leichtfertig aufs Spiel setzen würde. Auf diese Weise wird sie kaum ihre inneren Probleme lösen, sondern sie eher verschlechtern. Wir wissen, daß die Probleme der beiden deutschen Staaten untereinander nur mit Geduld zu lösen sind. Handstreichartige Aktionen dienen nicht der Entkrampfung. Sie stärken die Position jener, die nicht ein friedliches Nebeneinander, sondern das Gegeneinander wollen. Sie warten auf ihre Stunde, weil ihnen schon bisher die ganze Richtung nicht paßte. Auf beiden Seiten Übrigens! (-/28.2.1977/va/ben)

+ + +

Zuwacheraten auch im Verteidigungshaushalt 1977

Unsachliche und absurde Argumentation der CDU/CSU-Opposition

Von Bertram Blank MdB

Stellvertretender Obmann der Arbeitsgruppe Haushalt der SPD-Fraktion

Am Mittwoch dieser Woche wird Bundesfinanzminister Hans Apel den Regierungsentwurf zum Haushaltsgesetz 1977 einbringen und begründen. Bei einer Steigerung des Gesamtansatzes um sechs Prozent gegenüber dem Etat 1976 wird der Umfang des Verteidigungshaushalts im Einzelplan 14 von 31.890,5 auf 32.350,0 Millionen oder um 1,4 Prozent wachsen. Hinzu kommen die noch nicht bezifferbaren Zuwächse bei den Personalverstärkungsmitteln im Einzelplan 60, so daß insgesamt mit einer Steigerungsrate von drei Prozent zu rechnen ist.

Die Äußerungen von Unionspolitikern in den Debatten um die Generalsaffäre und die Empfehlungen und Entschließungen der nordatlantischen Versammlung in Williamsburg lassen bereits jetzt die Konturen der Argumentation erkennen, mit denen die Opposition auf den Regierungsentwurf eingehen wird: Sie wird beklagen, die Verteidigungsanstrengungen der Bundesrepublik seien zu gering. Allerdings hat einer der Verteidigungspolitiker der CDU, der Abgeordnete Damm, bereits in der Debatte vom 10. Februar 1977 zugeben müssen, daß die Opposition nicht daren denkt, durch konkrete Anträge dazu beizutragen, die angebliche Haushaltslücke zu schließen, die zwischen den finanziellen Vorstellungen der Bundesregierung und den nach Auffassung der Opposition unbedingt notwendigen Steigerungsbeträgen klappt.

Wesentlich konkreter äußerte sich mein Kollege, Dr. Wörner, außerhalb des Parlaments. Auf einer internationalen Begegnung von Verteidigungsexperten des westlichen Bündnisses forderte er für die Verteidigungskosten der Nato Zuwacheraten, die dem Wachstum des jeweiligen nationalen Brutto-sozialprodukts entsprechen.

Wie absurd diese Forderung ist, zeigt ein Blick auf die Dekade 1967 bis 1977. In diesem Zeitraum ist das Brutto-sozialprodukt in der Bundesrepublik Deutschland von 495,5 auf 1.260,0 Millionen gestiegen. Da der Verteidigungshaushalt im Basisjahr 1967 19,7 Milliarden auswies, müßten 1977 statt der von der Bundesregierung veranschlagten 32,35 Milliarden allein im Einzelplan 14 50,2 Milliarden bereitgestellt werden. Herr Wörner sollte sich einmal mit den Finanz- und Haushaltsexperten seiner Fraktion darüber unterhalten, woher die Deckung für den nach seiner Auffassung unbedingt notwendigen Mehrbetrag von fast 18 Milliarden zu holen ist. Schreibt man die Wörnersche Forderung bis 1980 fort, so ergibt sich bereits ein Defizit von fast 31 Milliarden. Dann wären nämlich im Einzelplan 14 statt der in der Finanzplanung vorgesehenen 34 rund 64 Milliarden einzusetzen.

Man muß kein Haushaltspolitiker sein, um zu erkennen, daß eine solche Belastung des Gesamthaushalts mit Verteidigungskosten einfach nicht darstellbar ist. Und jeder halbwegs informierte Verteidigungspolitiker wird erkennen, daß derartige Ausgaben schlechterdings überflüssig wären. Zudem: Würde die Bundesrepublik Deutschland einen solchen Verteidigungsaufwand treiben, müßten nicht nur bei den Mächten des Warschauer Pakts, sondern auch bei unseren Verbündeten ernsthafte Zweifel an der Zielsetzung einer so un-

sinnig forcierten Aufrüstung aufkommen. Die Bundeswehr würde ein Schwergewicht innerhalb des Bündnisses erlangen, das für unsere Verbündeten schwer erträglich wäre.

Aber so ernst sind solche Äußerungen ja nicht gemeint. Sie hören sich gut an und sind bestimmt, Zweifel an der Bereitschaft der sozialliberalen Koalition zu wecken, das verteidigungspolitisch Notwendige zu tun. Läßt man jedoch die ebenso unrealistische wie unverantwortliche Agitation der Opposition beiseite, so ergibt sich, nüchtern betrachtet, folgendes Bild:

- 1/ Verteidigungsausgaben werden im Atlantischen Bündnis nach einheitlichen Kriterien bewertet und verglichen. Es sind "alle für den Bedarf der Streitkräfte geleiteten Ausgaben". Ihnen gehören neben den Aufwendungen für die Bundeswehr auch die Ausgaben für Verteidigungs- und Ausrüstungshilfe, für Militärruhegehälter, die Berlinausgaben sowie Leistungen für die Stationierungskräfte an.

Von 1970 bis einschließlich 1976 sind unsere Verteidigungsausgaben um 85,23 Prozent, im Jahresdurchschnitt also um 14,2 Prozent gewachsen. Eine solche Leistung für die äußere Sicherheit war nicht immer eine Selbstverständlichkeit, so lautstark auch die Opposition diesen Eindruck zu erwecken sucht. Im vergleichbaren Zeitraum von 1964 bis 1970 stiegen die Verteidigungsausgaben insgesamt nur um 19,6 Prozent oder im Jahresdurchschnitt um 3,3 Prozent. Seitdem sozialdemokratische Verteidigungsminister die Verantwortung für die Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland tragen, hat unser Land in jedem Jahr mehr für die gemeinsame Verteidigung ausgegeben als die anderen Partner im Atlantischen Bündnis, abgesehen von den USA.

Der Anteil am Brutto sozialprodukt beträgt 3,5 Prozent. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Bundeswehr eine Wehrpflichtarmee ist und damit bei gleichem Aufwand wesentlich höhere reale Verteidigungsleistungen erbringt. Diesen Gesichtspunkt sollte man im Nato-Bündnis berücksichtigen, wenn man an die Bundesrepublik Deutschland mit dem Wunsch nach höheren Verteidigungsausgaben herantritt. Würden alle unsere Verbündeten ihren Wehrpflichtigen eine 15monatige Dienstzeit zumuten, so hätte diese Forderung allenfalls eine Berechtigung.

- 2/ Betrachtet man nur den Verteidigungshaushalt (Einzelplan 14), so ergibt sich für die Zeit von 1970 bis 1976 folgendes:

Der Verteidigungshaushalt ist seit 1970 kontinuierlich gewachsen, und zwar bis 1976 um 67 Prozent. Auf Jahre umgerechnet, hat die sozialliberale Koalition für einen durchschnittlich jährlichen Aufwuchs von 11,2 Prozent gesorgt. Im vergleichbaren Zeitraum von 1964 bis 1970 stieg der Verteidigungshaushalt dagegen insgesamt nur um knappe 10,9 Prozent oder im Jahresdurchschnitt um 1,8 Prozent. Auch von einem kontinuierlichen Wachstum konnte keine Rede sein, da z.B. im Jahre 1968 sogar eine Kürzung des Verteidigungsetats um 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr vorgenommen wurde.

Besonderes Anliegen der sozialliberalen Koalition war und ist die Modernisierung der Streitkräfte. Deshalb ist der entscheidende Mittelanstieg seit 1970 den Verteidigungsinvestitionen zugute gekommen.

Durch eine Vielzahl von Maßnahmen hat die sozialliberale Bundesregierung die fallende Tendenz der Investitionen aufgehalten und

seit 1973 sogar auf Werte von rund 31 Prozent verbessern können. Die Fortschritte der letzten fünf Jahre halten vor allem im Rüstungsbereich hohen Ansprüchen stand. Im Vergleich zu den Aufwendungen für die Rüstung im Jahre 1971 legen diese Ausgaben im Jahre 1976 bereits um rund 80 Prozent höher.

- 3/ Bei den Haushaltsentscheidungen des Jahres 1977 setzte die Regierung der sozialliberalen Koalition den eingeschlagenen Weg fort. Dies schlägt sich auch 1977 in einem kontinuierlichen Anstieg der Verteidigungsausgaben nieder. Der Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 1977 sieht Verteidigungsausgaben von insgesamt 49,1 Milliarden DM vor. Dies entspricht einem Anstieg von 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Betrachtet man nur den Verteidigungshaushalt 1977 (Einzelplan 14), so stehen Mittel in Höhe von 32,4 Milliarden DM zur Verfügung, das sind 459 Millionen DM mehr als 1976 und entspricht einer Steigerungsrate von 1,4 Prozent. Die Steigerungsrate wird sich im Endergebnis auf rd. drei Prozent erhöhen, sobald dem Einzelplan die Mittel zum Ausgleich der Einkommensverbesserungen der Jahre 1976 und 1977 zusätzlich zugeführt werden.

Wesentliche Punkte des Haushaltsentwurfs sind:

- Die Verbesserungen des Anteils der Planstellen für Hauptfeldwebel in der Besoldungsgruppe A 9.

Damit wird die im 2. BesVNG vorgesehene Erhöhung des Anteils von 10 auf 15 Prozent haushaltsmäßig verwirklicht. Das hathebungen in der Größenordnung von 1.215 Stellen zur Folge.

- Für investive Ausgaben sind rund 31 Prozent des Haushalts vorgesehen.

In diesem Bereich sind die Rüstungsbeschaffungen hervorzuheben. Beschaffungsschwerpunkte liegen bei den Panzern, der Panzerabwehr, Luftverteidigung, Schnellboote, Artillerie, Aufklärung, Beweglichkeit, Modernisierung der Führungssysteme und der Fernmeldesysteme, sowie bei der elektronischen Kampfführung.

- Bei den Bauausgaben wird auch 1977 der durch das Konjunkturprogramm des Vorjahres erreichte hohe Stand erhalten bleiben. Die Mittel werden eingesetzt, um die Infrastruktur für die neuen Waffensysteme rechtzeitig bereitzustellen, unzulängliche Unterkünfte zu ersetzen und Arbeitsplätze zu modernisieren.

- 4/ Die künftigen Verteidigungshaushalte bis 1980 sind durch den 10. Finanzplan des Bundes vorbereitet, der von konstanten Frei-

sen ausgeht und im gesamten Planungszeitraum ein Aufwachsen des Verteidigungsetats vorsieht. Für 1978 ist eine Steigerungsrate von 2,9 Prozent vorgesehen. Im Durchschnitt ist ein Aufwuchs von 1,9 Prozent eingeplant. Die Anpassung dieser Planung an die allgemeine Entwicklung einschließlich der Preisentwicklung ist der jährlichen Fortschreibung der Finanzplanung vorbehalten.

Allerdings bietet der Aufwuchs von real 1,9 Prozent bis 1980 keinen wesentlichen Spielraum für neue Beschaffungsvorhaben größeren Umfangs. Denn der nach Abzug der Kosten für bereits beschlossene und in der Durchführung befindliche Rüstungsprojekte noch frei verfügbare Betrag dürfte allenfalls ausreichen, um die geplante Beschaffung von 1.800 Kampfpanzern des Typs "Leopard" zu Kosten von mehr als sechs Milliarden DM zu ermöglichen. Zusätzlich sind noch Kostenüberschreitungen bei anderen Projekten zu verkraften.

Umso kritischer werden das Bundesverteidigungsgenerium und mindestens ebenso sehr die mit Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr befaßten Parliamentsausschüsse die verteidigungspolitische Notwendigkeit und die Wirtschaftlichkeit neuer Projekte zu prüfen haben. Zumal insbesondere im Haushaltsausschuß der Eindruck besteht, daß bei einigen bereits durchgeführten oder noch nicht voll abgewickelten Beschaffungsprojekten die strengen Prüfrichtlinien nicht ausreichend beachtet worden sind, die sich der Bundesverteidigungsgenerium mit den Rahmenbedingungen für die Entwicklung und Beschaffung von Wehrmaterial selbst auferlegt hat. Darüber hinaus haben die Arbeitsgruppen von SPD und FDP im Haushaltsausschuß auf einer Klausurtagung beschlossen, künftig bedeutende Beschaffungsvorhaben des Bundesverteidigungsgeneriums nur noch dann passieren zu lassen, wenn

- der jeweils letztmögliche Preisstand zugrundegelegt wird - derzeit also vom 31. Dezember 1976;
- der Phasenablauf für die Aussonderung des alten und die Einführung des neuen Materials exakt konkretisiert und der spätest mögliche Zeitpunkt für den Generationswechsel verbindlich genannt wird;
- der glaubhafte Nachweis erbracht wird, daß die Ansätze der Rüstungsplanung in ihrem Gesamtvolumen mit den Vorgaben der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes übereinstimmen.

(-/28.2.1977/va/10)

+ + +

Der Spaltpilz von Kreuth lebt

Parteiabspaltungen in Unterfranken

Von Walter Kolbow

Mitglied des bayerischen SPD-Landesvorstandes

Daß der vom CSU-Vorsitzenden Strauß und dem CSU-Landesgruppenvorsitzenden Dr. Zimmermann in Kreuth begonnene Spaltungsprozeß der Union fortwirkt, verraten zwei Meldungen auf der ersten Seite der Würzburger "Main-Post" vom 19. Februar. Der Würzburger CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. Wolfgang Boetsch hat den CDU-Vorsitzenden Kohl alarmiert, "mit allen politischen und rechtlichen Mitteln" gegen die Gründung einer "CDUW" - Christlich-Demokratische Wählerunion - vorzugehen. Der öffentlich ausgestoßene Notschrei der Würzburger CSU ist nicht unbegründet, die Gründer sind angesehene Würzburger Bürger, unter ihnen der vor kurzem aus der CSU ausgetretene Stadtrat Dr. Keil. Da die CDU nach Kreuth den Regierungsbezirk Unterfranken als Schwerpunkt einer CDU-Gründung ins Auge gefaßt hatte, will die CSU mit ihrer Aufforderung an Kohl, sich zu distanzieren, das Potential der Neugründung eingrenzen.

Interessant wird sein, ob Dr. Kohl der Aufforderung der CSU, mit rechtlichen Mitteln gegen die CDUW vorzugehen, entsprechen wird. Für das Wort "christlich" kann die Union sicher keinen Alleinvertretungsanspruch anmelden. Da Helmut Kohl als CDU-Vorsitzender die sich "soziale demokratische Union" nennende Neugründung des Dr. Weber aus Braunschweig hofiert, begrüßt und hütet, kann er nicht gleichzeitig mit rechtlicher, politischer und moralischer Glaubwürdigkeit eine ähnliche Namensleihe, als Abspaltung von der CSU und orientiert an der CDU, bekämpfen.

Fest steht, daß die CDUW sich bei der Kommunalwahl 1978 in Würzburg, geplant ist auch darüber hinaus in anderen bayerischen Städten, zur Wahl stellen wird. Es ist ein Stück politischer Ironie, daß der Hilferuf der Würzburger CSU an Dr. Kohl in der gleichen Spalte mit einer Meldung erscheint, nach der der über die Landesliste in den Bundestag gekommene MdB Eduard Lintner "jugendpolitischer Sprecher" der CSU-Landesgruppe geworden ist, was da deutsch heißt, daß die CSU-Landesgruppe sich als Parallelfraktion zur CDU innerhalb der CDU/CSU-Fraktion empfindet, denn sie bestellt eigene Sprecher.

Daneben ist die CDU/CSU-Fraktion nur noch eine Dachorganisation zweier Parteien, mit jeweils eigenen Sprechern zu den politischen Sachfragen. An wen wird in diesem Fall Dr. Kohl seinen Hilferuf richten? An Strauß, an Zimmermann? Der Spaltungspilz von Kreuth wuchert in Unterfranken in der konservativ orientierten Bevölkerung und er erhält gleichzeitig neuen Dünger von der CSU-Landesgruppe.

(-/28.2.1977/va/la)

+ + +

Erneut im Zwiellicht: Hans-Joachim Sewering

Verunglimpfungskampagne oder Verstöße gegen das Kassenarztrecht ?

Von Jürgen Egert MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Es ist mal wieder soweit, Hans-Joachim Sewering, Präsident der Bundesärztekammer und Inhaber zahlreicher anderer Ämter, ist erneut im Gerade.

Vor mehreren Monaten war ihm vorgeworfen worden, 100.000 DM Honorar zuviel mit den Ortskrankenkassen abgerechnet zu haben. Dies hatte jedenfalls der Beschwerdeausschuß der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns festgestellt. Sewering hielt damals die ganze Angelegenheit für einen unfairen Angriff, die kassenärztliche Vereinigung nannte es einen ganz normalen Vorgang.

Dieser ganz normale Vorgang ist bis heute nicht geklärt. Unfair war dies nach Sewerings Meinung damals, weil der Beschwerdeausschuß der Kassenärztlichen Vereinigung bei Bekanntwerden der Rückforderungen ihm den Beschluß dazu noch nicht zugestellt hatte; auch in den folgenden Wochen blieb die Zustellung aus. Eigenartig, denn die Kassenärztliche Vereinigung hätte eigentlich nur an ihren 1. Vorsitzenden Hans-Joachim Sewering zu schreiben brauchen. Sewering hätte also auch sich selbst einen Brief schreiben können, oder sich selbst über sich selbst informieren können. Solche Merkwürdigkeiten machen den Beobachter hellhörig.

Jetzt verlangen die Bayerischen Ortskrankenkassen von Sewering die Zulassung als Kassenarzt zurück. Sie werfen ihm vor, durch falsche Angaben zu viel Geld von den Krankenkassen erhalten zu haben. Es ist sicherlich nicht sinnvoll, auf die unappetitlichen Einzelheiten des Vorwurfes einzugehen. Stimmt er, so wäre ein solches Verhalten im strafrechtlichen Sinne Betrug. Wegen der Schwere des Vorwurfs ist eine umgehende einwandfreie und lückenlose Klärung unabdingbar.

Merkwürdigkeiten wie im Falle der rückgeforderten Honorare können jetzt nicht hingenommen werden. Auch die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion benötigt, besonders für die nächsten Monate, auf Seiten der Ärzte einen glaubwürdigen Gesprächspartner. Die Frage, wen die Ärzte als ihren obersten Repräsentanten und ihr Aushängeschild wählen, ist hingegen allein ihre Angelegenheit. Allerdings ist es die Sache der Öffentlichkeit, sie daran zu messen.

(/28.2.1977/va/1a)

+ + +